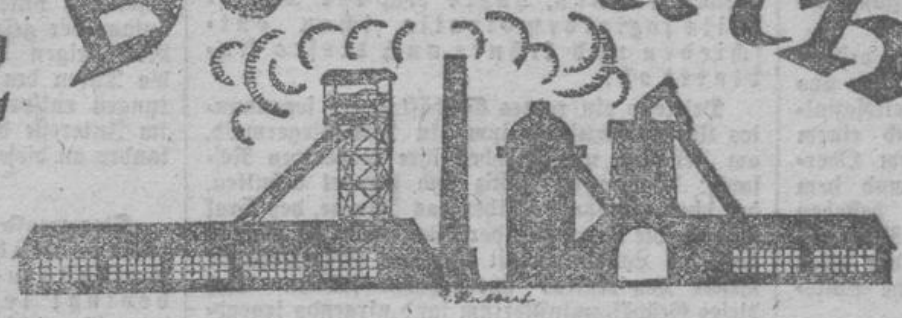
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

3. Jahrg. | Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1. | Samstag, 7. Mai 1921 | Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.50, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß. | 19. Folge

Inhalt der Nummer:

Die Regierungsbildung in Preußen. Von Josef Buchhorn, Mitglied des preuß. Landtags.
Die verfassungswidrige Einrichtung weltlicher Schulen. Von Dr. O. Boelitz, M. d. pr. L.
Briefe von Siegerländern aus Mexiko. Von Dr. Hans Kruse. (Forts.)
Luxemburg.
Schwarze Schmach im Film.
Absagen an die Deutsche Mittelstandspartei.
Schlußmusik aus dem Reiche Haenisch.
Aus Welt und Zeit.
Aus der Partei.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Von Josef Buchhorn, Mitglied des preußischen Landtages.

Am 20. Februar ist in Preußen gewählt worden. Ein paar Tage danach lagen die ersten sicheren Ergebnisse, die einen Überblick über das Kräfteverhältnis der Parteien gestatteten, bereits vor, so daß, als das Parlament am 10. März zum ersten Male zusammentrat, jedermann wissen konnte, welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten für die Bildung der neuen Regierung gegeben waren. Aber die erste kurze Tagung vom 10. bis 12. März verlief ohne jedes positive Ergebnis, ja ohne den ernsten Willen, ein solches Ergebnis zu schaffen. Und erst im Verlauf der zweiten Tagung, die am 7. April begann, wurde, um aus der gröbsten Not herauszukommen, am 9. April die in der Verfassung vorgesehene Wahl des Ministerpräsidenten vollzogen. Aber wer da geglaubt hatte, daß nun alle Qual ein Ende nehmen würde, der hat sich bös geirrt und anscheinend auch das Wesen des Parlamentarismus, wie es die Nachnovemberleute verstehen, gröblich verkannt. Denn erst am 22. April, sage und schreibe: am zweiundzwanzigsten April, konnte der neue Ministerpräsident sein Kabinett dem Parlamente vorstellen und um das Vertrauen des Parlamentes für dieses Kabinett bitten . . .

Ich glaube, es gibt keinen Menschen innerhalb und außerhalb des Landtages, der nicht mit einem gewissen Ekel an diese preußische Prüfungszeit zurückdenkt. Wer da miterlebt hat, wie in diesen Wochen gekuhhandelt und geschoben worden ist; wie sich in diesen Wochen kleinlichster Parteiegoismus breit gemacht hat und wie dieser Parteiegoismus über alle Bedürfnisse dieser doch weiß Gott nur allzu last- und leidschweren Zeit gesetzt worden ist, der wird mit mir der Überzeugung sein, daß diese Art von formaler Demokratie auf jedem anderen Stern eine Heimatstatt haben mag, nur nicht in dem Preußen-Deutschland von heute . . .

Der neue Ministerpräsident Stegerwald hat in seiner vielgenannten Essener Rede vom 21. November 1920 „Deutsche Lebensfragen" unter anderem ausgeführt: deutsch sein bedeutet, „daß die Form unserer Verfassung, daß unsere Rechtsanschauungen in der deutschen Geschichte, nicht aber in den, aus fremden Verfassungen herbeigeholten Paragraphen einer Notverfassung liegen. Die deutsche Demokratie ist für uns die Demokratie der Selbstverwaltung. Mit ihrer Verwirklichung wollen wir etwas grundsätzlich anderes als die formale Demokratie des französischen Zentralismus."

So aufgefaßt, kann man den Begriff der Demokratie wohl gelten lassen, nicht aber, wie ihn die Mehrheitssozialdemokratie in diesen Wochen interpretiert hat. Sie hat unter Demokratie lediglich das Recht der nackten Zahl verstanden; hat addiert und subtrahiert, und als sich ergab, daß die in der bisherigen alten Koalition versammelten Herrschaften ein paar Männer und Frauen mehr buchen konnten, als die nicht in der alten Koalition vereinigten Parteien, da stand für sie die Frage der Regierungsbildung ohne weiteres fest. Die Addition ergab für sie ein, wenn auch nur sehr schwaches Plus, das sich zudem, sobald ein autonomes Oberschlesien in die Erscheinung treten sollte, sehr schnell schon in ein Minus verwandeln würde. Von dem Geiste, der sich bei den preußischen Neuwahlen durchgesetzt hatte, von dem Drängen der Volkskräfte, aus dem bisherigen Zustande herauszukommen, — davon war bei all diesen Berechnungen nicht die Rede. Von dem Drängen der Volkskräfte, das nicht mehr verneinen, sondern seine nationalen Notwendigkeiten bejahen wollte, das von den Radikalen weg- und zu den Aufbauwilligen, Gemäßigten hinstrebte. Von dem, um es mit einem Schlagwort unserer Zeit zu sagen, — von dem Ruck nach rechts . . .

So standen die Dinge, als innerhalb des ersten Tagungsabschnittes vom 10. bis 12. März ein Schreiben der Deutschnationalen an die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Deutsche Demokratische Partei, angesichts der Halsstarrigkeit der Sozialdemokratie, keine Gemeinsamkeitsarbeit leisten zu wollen, zur Schaffung einer bürgerlichen Einheitsfront aufforderte. Die Deutsche Volkspartei konnte von sich aus mit gutem Gewissen die Anregung der Deutschnationalen Volkspartei, eine Regierung auf möglichst breiter Grundlage zu errichten, nur willkommen heißen. Und sie hat das denn auch, unmittelbar nach dem Eingang dieses Schreibens, gleich und „gern" zum Ausdruck gebracht. Zentrum und Demokratie dagegen lehnten ab, so daß auch diese Möglichkeit einer Regierungsbildung nicht mehr in Frage kam. Blieb also als neue Möglichkeit eine Regierung: Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokratie.

Erst am 6. April, genau wie vorgesehen, trat der Landtag zusammen, und das Spiel der Parteien begann aufs neue. Zentrum und Demokratie versuchten noch einmal, die Mehrheitssozialdemokratie zu bestimmen, es doch — mit der Deutschen Volksaprtei zu wagen, aber diese Mehrheitssozialdemokratie lehnte wieder ab und zeigte sich erst geneigt, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzukommen, als der Reichspräsident Ebert selber auf sie einwirkte, um sie zu einem Zusammengehen mit ihr zu bewegen, das geht aus dem in diesen Wochen der Deutschen Volkspartei zu bewegen.

. . . Es hat Männer in der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei gegeben, die dieses Schreiben als eine Unverschämtheit ersten Ranges bezeichnet, als ein Schreiben gewertet haben, das geradezu die Ehre der Partei verletzen müßte. War es nicht gerade eines der Ziele des Wahlkampfes der Deutschen Volkspartei gewesen, die fernere Demokratisierung der preußischen Verwaltungsgesetze und des preußischen Verwaltungskörpers in der bisherigen Weise zu unterbinden? eines der Ziele, den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister und die sozialdemokratischen Minister des Innern und des Kultus als Nichtfachleute, sondern Parteifunktionäre vom schlimmsten Ausmaß zu beseitigen? Und diese Ziele sollte die Deutsche Volkspartei, unter sozialdemokratischem Diktat, lassen? ihre Erreichung darangeben? und die Vorherrschaft dieser Herrn, wider ihre Überzeugung und ihren Willen, verewigen? Da war allerdings keine Verständigungsmöglichkeit mehr vorhanden, und so war es fast wie eine Lösung von dumpfem Druck, als am 9. April der bisherige Wohlfahrtsminister Stegerwald zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, um nun von sich aus fertigzubringen, was den Parteien und Parteiführern fertigzubringen nicht gelungen war: ein Ministerium, das arbeiten konnte, auf die Beine zu stellen. Freilich, darüber hatte die Deutsche Volkspartei das Zentrum nicht im unklaren gelassen, und mit

ihr konform ging die Deutschnationale Volkspartei: Stegerwald hatte die Stimmen dieser beiden Gruppen nur unter der Voraussetzung erhalten, daß die alte Koalition nicht mehr wiederkehre, und ein Severing die preußische Innenpolitik nicht mehr nach seiner sozialdemokratischen Funktionärsüberzeugung leiten würde ...

Nacheinander kam nunmehr in Frage: erstens ein gemischtes Ministerium, das aus sechs Parlamentariern (drei Mehrheitssozialdemokraten, zwei Zentrumsleuten und einem Demokraten) und zwei Beamten, dem Oberbürgermeister Dr. Luther, Inneres, und dem Staatssekretär Ramm, Landwirtschaft, bestehen sollte. Dieses Ministerium war in Wahrheit nichts anderes als ein Ministerium der alten Koalition und darum für die Deutsche Volkspartei untragbar.

Zweitens ein politisch-parlamentarisches Ministerium, das ohne vorherige Sondierung der Fraktionen in die Erscheinung treten sollte. Und tatsächlich sind die Fraktionen, ist jedenfalls die Fraktion der Deutschen Volkspartei, vor der Zusammensetzung dieses Ministeriums nicht ins Bild gesetzt, geschweige denn befragt worden. Dieses Ministerium sollte zwei Sozialdemokraten (Noske und Bauer), zwei Demokraten (Fischbeck und Oeser), zwei Zentrumsleute (Stegerwald und am Zehnhoff) und zwei Volksparteiler (Dr. v. Campe, Kultus, und v. Kardorff, Finanzen oder Landwirtschaft) umschließen.

So wenigstens lautete der Stegerwaldsche Vorschlag am 16. April um 11 Uhr vormittags, und wenn man diesen Vorschlag ruhig und leidenschaftslos, nur von sachlichen, fachlichen Gesichtspunkten aus überprüft, dann kann man auch als deutscher Volksparteiler sagen: dieser Vorschlag war gut! Aber, um 1 Uhr mittags, also zwei Stunden später, zeigte dieser Vorschlag bereits ein anderes Gesicht: die Namen Noske und Bauer waren verschwunden und statt ihrer standen — wieder die alten Unentwegten — standen die Severing und Braun, auf dem Papier. Damit war für die Deutsche Volkspartei auch dieses Kabinett nicht mehr tragbar. Aber noch bevor die Deutsche Volkspartei sich nach der einen oder anderen Richtung hätte entscheiden können, hatte sich die Mehrheitssozialdemokratie schon entschieden und lehnte auch dieses Kabinett ab!

Drittens ein reines Geschäfts-, ein sogenanntes Übergangsministerium, in dem Stegerwald, am Zehnhoff und Fischbeck ihre bisherigen Ressorts: Wohlfahrt, Justiz und Handel behalten, der schon erwähnte Luther das Innere, der Graf Rödern die Finanzen, der Staatssekretär Warmbold die Landwirtschaft und der Staatssekretär Becker den Kultus übernehmen sollten. Auch dieses Geschäftsministerium fand nirgends irgendwelche Resonanz, und zudem sagte ferner auch, der Reihe nach, ein Beamter nach dem anderen ab, weil sich keiner von allen in einem solchen Übergangsministerium verbrauchen wollte. So blieb die nunmehr tatgewordene vierte Kombination:

Das Ministerium, das sich aus Politikern des Zentrums und der Demokraten und einer Anzahl von Beamten zusammensetzt, in dem Stegerwald das Ministerpräsidium und die Wohlfahrt, am Zehnhoff die Justiz, Warmbold die Landwirtschaft, Fischbeck den Handel, Dominicus das Innere, Becker den Kultus und Saemisch die Finanzen betreuen soll.

Zwischendurch trat Stegerwald, um sich auch äußerlich von allen ihm nachgesagten Bindungen zu lösen, zurück und wurde tags darauf, am 21. April, wiedergewählt. Diesmal, im Gegensatz zum ersten Mal, wo er von 385 Stimmen 332 auf sich vereinigte, allerdings nur mit 227 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, gegen 100 Stimmen der Mehrheitssozialdemokratie, die auf den bisherigen Ministerpräsidenten Braun, 21 Stimmen der Unabhängigen, die auf ihren Fraktionsführer Ludwig fielen, und die Stimmen der Kommunisten.

Somit war endlich, endlich! eine Klärung gegeben, eine Klärung, die dann in der Aussprache über das Programm der neuen Regierung noch besonders unterstrichen wurde: schärfste Kampfansage der gesamten Linken, Unterstützung durch die übrigen Parteien, vorausgesetzt, daß die Taten des neuen Ministeriums den Erwartungen entsprechen, die die einzelnen Parteien im Interesse des preußischen Volkes und Vaterlandes an dieses Ministerium stellen müssen ...

* * *

Stegerwald hat versprochen, eine zielsichere Führung der inneren Verwaltung zu gewährleisten, die sich auf die unbedingt leistungsfähig zu haltenden staatlichen Machtmittel mit Nachdruck stützen soll. Er hat weiter versprochen, die Bedürfnisse des Mittelstandes, der gesund und unabhängig sein muß, wenn nicht das Ganze Schaden leiden soll, besonders zu berücksichtigen. Er hat eine großzügige innere Kolonisation in Aussicht gestellt, weil seiner Meinung nach ein Wiederaufstieg Preußens nur durch eine solche zu erreichen ist, und er hat eine innige Zusammenarbeit zwischen Preußen und dem Reich in Aussicht gestellt, eine Zusammenarbeit, die heute notwendiger ist als je zuvor, weil ohne Preußens Bereitwilligkeit, auf die Politik des Reiches einzugehen, diese Politik (siehe Severing!) sabotiert wird, eine Zusammenarbeit, in der, wie zuversichtlich zu hoffen ist, preußische Interessen gegenüber den allgemein-deutschen nicht zu kurz kommen. Er hat manches nicht gesagt, was zu sagen am Platze gewesen wäre; jedenfalls nicht so scharf, wie wir es gern gesehen hätten; hat vor allem nicht das sachlich-fachliche Moment so herausgearbeitet, wie wir es in der Praxis verwirklicht wissen wol-

Briefe von Siegerländern aus Mexiko.

Ein Beitrag zur Geschichte des deutsch-amerikanischen Bergwerksvereins 1823 – 1836.

Von **Dr. Hans Kruse**, Siegen.

15) (Fortsetzung.)

den 7. März.

Ich konnte gestern nicht weiter schreiben, weil ich noch einen langen und wichtigen Brief an Herrn Ruperti zu schreiben bekam, der mich bis eben 9 Uhr beschäftigte. Herr Ruperti beabsichtigt nämlich eine Minengesellschaft zu bilden, und Stein und v. Gerolt haben ihm nun Gruben unter vorteilhaften Bedingungen angeboten. Kommt die Sache zu Stande, so fällt auch für mich etwas ab. Die niederländische Regierung will sich auch noch hier versuchen. Und Stein wartet auf deren Anträge. Irgendwo tut sich denn auch für mich etwas auf und da ich an der Quelle sitze, werde ich zugreifen. Ich war gestern Abend nicht recht aufgelegt, doch habe ich einige Gläser Punsch auf Dein Wohlsein getrunken und mit Sehnsucht und Liebe Deiner gedacht. Unser Kapitän Dawson auf der Arethusa ist auf der Überfahrt nach Campeche, wohin er von Alvarado segelte, gestorben, wie gestern die Nachricht kam. Theodor Jung ist noch immer an der Küste und soll ungewöhnlich furchtsam vor dem gelben Fieber sein. Ein Bergmann, der mit Schleyden gekommen, liegt nach dessen Brief schon daran nieder, was uns hier unglaublich ist, da noch nie die Krankheit so früh im Jahre sich gezeigt. Doch die Briefe müssen geschlossen werden und ich schließe daher. Du wirst dies durch Stein, an den ich auch mein voriges Briefchen einschloß, erhalten und wenn es nach meinen Wünschen geht, so ist es im Mai in Deinen Händen. Lebe wohl, meine Betty. Grüße Alle, die mich lieb haben, recht herzlich von mir! Bleibe gesund und erhalte mir Deine Liebe. Ich bin für immer Dein Getreuer, und wünsche nicht mehr, als recht bald wieder bei Dir zu sein, um Dir Auge in Auge sehen zu können, wie unaussprechlich lieb ich Dich habe, Du gute, liebe Betty!

Dein Wilhelm.

Mexiko, den 23. März 1826.

Meine teuerste innigstgeliebte Betty!

Mit unsäglicher Wonne im heftig klopfenden Herzen, mit Tränen der innigsten Freude im Auge und mit einer Stimmung, die Du allein verstehen kannst, setze ich mich an mein Schreibpult, um Dir den Empfang Deines in Elberfeld begonnenen und in Uetphen vollendeten Briefes zu melden. Es ist der erste, den ich von Dir in der neuen schönen Welt empfange; mein Schmerz und meine Sehnsucht waren übergroß und ich wußte mein ungestümes Herz, das so sehnlichst auf die erste Kunde von Dir harrte, nicht mehr zu beruhigen; da wirst Du begreifen, wie es mich ergriff und durchdrang, als eben Herr Schleyden, mit dem ich mich den ganzen Morgen unterhalte, wiederkehrte, die Augen mir zuhielt, und Deinen Brief in die Hand drückte. O tausend Dank, Du gute liebe Betty! Ich bin nun wieder getröstet und mutig und ob auch schmerzliche Sehnsucht das arme Herz noch ferner erfüllen wird, so habe ich doch wieder liebevolle freundliche Zeilen aus neuerer Zeit von Dir, die mich stärken. Herr Schleyden, der nur 32 Tage auf der See war, kam vor ungefähr 4 Tagen hier in der Hauptstadt an. In der festen Zuversicht, daß er mir aus der teuren Heimat etwas bringen würde, erwartete ich seine Ankunft am bestimmten Tage in ängstlicher Spannung. Gustav und ich ritten ihm entgegen, fanden ihn bereits in der Stadt und bei einem Reisegefährten abgestiegen. Als er mir nun verkündete, daß er auch einen Brief für mich habe, geriet ich sichtlich in Bewegung und auf meine Hindeutung, daß derselbe diesmal gewiß von Dir sei, war er so gefällig, nach seinem Absteigequartier umzukehren und mir den Brief einzuhändigen. Denke Dir aber meinen Schmerz, als ich auch diesmal bitterlich getäuscht ward, indem mir ein Schreiben von Herrn F. A. Jung überreicht wurde. Ich ritt hinaus ins Freie, las den Brief, aus dem ich erfuhr, daß Du in Elberfeld gewesen, sonst aber auch nicht das Geringste von Dir vernahm, und obwohl der freundliche Brief mir recht willkommen war, wurde ich doch fast wild, und indem die Tränen über die Backen rollten, verfluchte ich ingrimmig die nachlässigen Besorger. Weil Wilhelm Stein auf Reisen war, so behielt Herr Schleyden alle Briefe an diesen an sich, bis heute, da die Rückkehr von Stein sich immer verzögert, derselbe einen Privatbrief an Gustav übergab, in welchem der Deine sich befand. Mit welcher Freude habe ich ihn gelesen, wie war das Herz dabei bewegt und wie so lebhaft fühlte ich Deine Nähe! O Betty! Könnte ich doch in diesem Augenblick Dich so recht an mein trunkenes Herz drücken und dann die Hand auf der Brust, Dir sagen, wie unendlich ich Dich liebe und wie ich ohne Deine Liebe weder der Welt noch dem Leben Reiz abgewinnen kan. Mein Vertrauen auf Gott steht fest, und so glaube ich zuversichtlich, daß wir uns mit seiner Hülfe wiedersehen, wenn auch 2000 Meilen zwischen uns liegen, und dann glücklich werden, indem wir einander glücklich machen.

len. Das alte Preußen ist nicht zuletzt deshalb so groß, so stark und so widerstandsfähig gewesen, weil in ihm der Grundsatz mächtig war, daß nur die Tüchtigkeit eines Menschen für seinen Aufstieg entscheidend sein durfte; daß Landräte, Regierungs- und Oberpräsidenten nur dann tragbar waren, wenn sie für ihre Posten die am besten Geeigneten waren. Auch die Religionszugehörigkeit darf nicht ausschlaggebend sein, und die Gefahr, die bei einem Zentrumskanzler im Reich und bei einem Zentrumsministerpräsidenten in Preußen liegt, daß das katholische Moment im Laufe der Zeit über allgemeine Gesichtspunkte siegt, muß beizeiten beschworen werden. Völlige Unparteilichkeit in allen Fragen, die das Staatsganze betreffen, muß selbstverständlich sein, und der Dienst am Volke darf nur um des Dienstes am Volke willen geleistet werden...

Die nächsten Wochen werden beweisen, inwieweit all dem, was hier aufgezeigt ist, entsprochen werden wird. Fasse ich das Ergebnis der mondelangen Kämpfe in Preußen um die Regierungsbildung zusammen, so darf ich mit Genugtuung feststellen, daß die sozialdemokratische Vorherrschaft in Preußen gebrochen ist; daß die Herren Braun, Severing und Haenisch als die Träger dieser Vorherrschaft beseitigt sind; daß eine bürgerlich orientierte Regierung an der Spitze des Landes steht, die aber in der Person ihres Ministerpräsidenten, der aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist, die Gewähr bietet, daß diese Regierung auch eine Regierung des Volkes im breitesten Ausmaß sein wird. Statt der Männer, die dank der Zugehörigkeit zur Mehrheitssozialdemokratie von ihren internationalen Gedankengängen nicht lassen können, steht ein Mann, der in Essen auf sein Programm die Worte „deutsch, christlich, demokratisch, sozialistisch" geschrieben hat. Ein Mann, der denn auch in seiner Einführungsrede das Nationale in den Vordergrund geschoben und uns damit die Hoffnung gegeben hat, daß die erste Forderung jeder Wiederaufbauarbeit: die Zurückbesinnung auf uns selber als Preußen-Deutsche, durch ihn nach Möglichkeit erfüllt werden wird!

Von der Freiheit.

„Sie streiten sich, so heißt's, um Freiheitsrechte —
Genau besehn, sind's Knechte gegen Knechte."
Goethe: Faust II 6962/63.

Wo der Geist ohne Furcht ist, das Haupt man hoch trägt,
Wo Erkenntnis frei ist,
Wo die Welt nicht zum Bruchstück von engen häuslichen Mauern wird,
Wo Worte aus Tiefen der Wahrheit kommen,
Wo unermüdet das Streben den Arm der Vollkommenheit ausstreckt,
Wo der klare Strom der Vernunft seinen Weg nicht verliert in dem trocknen Sand der Gewohnheit,
Wo der Geist, von dir geleitet, zu immer sich weitendem Denken und Handeln geführt wird —
In diesem Himmel der Freiheit, laß, Vater, mein Land da erwachen!

(Tagore, Gitanjali).

Die verfassungswidrige Einrichtung weltlicher Schulen.

Von Dr. O. Boelitz, M. d. pr. L.

Je mehr sich das Ministerium Haenisch seinem Ende zuneigt, desto energischer arbeiten die Freunde der freien weltlichen Schule auf die sofortige Einrichtung bekenntnisfreier Schulen hin, wo immer sie nur Boden gewinnen können. Man sieht sie mit einem Übereifer an der Arbeit, der deutlich erkennen läßt, daß die Stunden genützt werden müssen, solange ein Minister an der Spitze des preußischen Schulwesens steht, der nicht nur stillschweigende Duldung übt, sondern durch die Einrichtung evangelischer und katholischer Schulen ohne Religionsunterricht, oder — wie er selbst diese Neueinrichtung bezeichnet — durch Schaffung „weltlicher Notklassen", der skrupellosen sozialistischen Agitation erst die Stoßkraft verliehen hat, die die ganze Bewegung in den letzten Wochen so lebhaft gefördert hat. Es erscheint in diesen Tagen des Beginns eines neuen Schuljahres kaum ein sozialistisches Blatt, das nicht von Kämpfen um die weltliche Schule, von Massenkundgebungen, Drohungen und Aufforderungen zu Streiks zu berichten weiß, und das alles, obwohl die rechtliche Seite der Frage völlig klar liegt.

Der Artikel 146 Absatz 2 der deutschen Reichsverfassung sichert zwar unzweifelhaft die Errichtung weltlicher Schulen, überall da, wo eine hinreichende Anzahl Erziehungsberechtigter eine bekenntnisfreie Schule fordert, soweit ein geordneter Schulbetrieb in solchen Schulen gewährleistet wird. Aber genau und klar fordert derselbe Artikel 146 vorher den Erlaß eines Reichsschulgesetzes, das die Richtlinien festlegt, die für die Landesgesetzgebung maßgebend sein sollen, die dann ihrerseits das Nähere bestimmt. Und in den Übergangs- und Schlußbestimmungen sagt der Artikel 174 klipp und klar: „Bis zum Erlasse des in Artikel 142 Abs. 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage." Nun kennt das bestehende Recht keine weltlichen Schulen, infolgedessen sind zweifellos alle Versuche, schon jetzt solche Schulen einzurichten, verfassungswidrig.

Abends.

Während die Freunde im trauten Gespräch um den Teetisch im großen Saale sitzen, komme ich noch einmal zu Dir, meine liebe Betty, um noch ein Stündchen mit Dir zu verplaudern. Du liegst schon längst im süßen Schlummer, eben schlägt es halb 9 und eure Glocke oder Uhr zeigt nun schon ungefähr 4 Uhr morgens; möge mein guter Genius Dir jetzt sanft sich nähern und in wonnigen Träumen Dir mich vorführen, in meiner unwandelbaren Liebe und Treue! Träume süß und ruhe sanft mein Kind, daß Du erfrischt und wohlgemut den jungen Tag begrüßest, wann ich nach einigen Stunden mit einem frommen Gebet für Dich und mich dem Schlummergotte mich anheim gebe. Nach langer Unterbrechung durch verschiedene Beamte an unserem Hofe, in dem ich bereits längere Zeit als geheimer Kabinettsrat fungiere, kann ich die Unterhaltung mit Dir fortführen. Wilhelm Stein ist diesen Nachmittag zurückgekehrt, und hat mir eben mit freundlichem Händedruck Gute Nacht gesagt. Morgen wird er mit Schleyden genug zu tun haben, sodaß ich schwerlich mit ihm zum ausführlichen Gespräche kommen kann und da übermorgen der englische Gesandtschaftskurier dieses Brieflein mitnehmen soll, so werde ich eine definitive Bestimmung bis zum nächsten Briefe verschieben müssen. Wie diese ausfällt, steht noch in des Schicksals Hand; doch dürfen wir viel hoffen und jedenfalls ruhig abwarten, was der Himmel verfügt. Zu Deiner und des Vaters Beruhigung sage ich Dir darüber folgendes, mit der festen Bedingung, fürs Erste auch keinem davon etwas mitzuteilen. Stein und der kleine v. Gerolt, mit dem ich mich Vetter heiße, weil ich nur als von Grubenau bekannt bin, sind mexikanische Bürger und haben als solche eine Menge der besten, während der Revolution verlassenen Gruben, nach hiesigem Gesetz denunziert und für sich erworben. Campbell, wovon ich Dir bereits schrieb, bekommt deren viele für seine Gesellschaft, eine andere Zahl ist neulich auf Begehren dem Reuß in London angetragen und ein ganzes Revier gehört vermöge Vertrag einem italienischen, geflüchteten gräflichen Carbonari, von dem ich Dir ein andermal mehr erzählen werde zu Deinem großen Vergnügen. Gerade jetzt müssen von Seiten des Grafen die vorteilhaften Bestimmungen erfüllt werden und darum wird sich nun alsbald zeigen, was für uns dabei abfällt. Sartorius ist einstweilen als Spezialbevollmächtigter in dem erwähnten Revier zu Zacualpan, wo, wenn es gut geht, Gustav und ich ebenfalls unser Feld finden. Mit Campbell kommt die Sache sowohl in Betreff der Minen wie auch hinsichtlich der Kolonisation höchstwahrscheinlich zu Stande, indem er nur abgeschlossene Verträge zur Genehmigung vorlegen muß. Reuß hat wiederholt zur Bildung einer neuen Minengesellschaft gebeten und diese sind ihm in der Art gemacht worden, daß er darauf eingehen muß. Ruperti erwartet mit dem nächsten Paketboot entscheidende Antwort in Betreff seines Planes und so drängt sich in diesem Augenblick alles zusammen und in 3 Wochen muß der Entschluß gefaßt sein. Daß ich mich bald und nach aller Vorsicht bestimmen werde, darfst Du von mir erwarten und ebenso darfst Du überzeugt sein, daß ich mehr an Dich als an mich dabei denken werde. Wenn ich nicht mit gutem Gewissen Dich in dieses Land führen darf, oder wenn ich befürchten muß, daß es Dir hier leid werden müßte, so werde ich nimmermehr Dir desfalls Vorschläge machen. Dein Glück ist mein Wunsch und mein Streben, so wahr mir Gott helfe. Zunächst denke ich nur daran, in Aufträgen nach Europa gehen zu können um Dich und die Freudinnen herüber zu führen. Leider rückt nur zu rasch an der Küste die Fieberzeit heran, die nach allgemeiner Meinung dieses Jahr durch den Zusammenfluß so vieler Menschen in dem seither öden und verlassenen Veracruz fürchterlich werden wird. Und da nach langjährigen Erfahrungen von dem aus dem Lande kommenden Reisenden drei Viertel sterben, während diese Krankheit von den seewärts herkommenden nur ein Viertel wegrafft, so halte ich es Deinethalben für heilige Pflicht, mich ohne Not nicht auszusetzen. Dennoch kann es wohl sein, daß, wenn ich nicht in höchstens drei Wochen abreisen kann, ich verweilen muß bis zum Herbst. In diesem Falle werde ich das Land durchziehen, wenn nicht angemessene andere Arbeit mich hier festhält. Wie gesagt, alles ist unbestimmt und ungewiß und vor Abgang dieses Briefchens kann ich auch nichts Gewisses erfahren. Die Zeit der Entscheidung ist indeß da. Doch nun liebe, gute Betty, will ich für heute schließen, und mich niederlegen. Vielleicht stehst Du gerade jetzt auf und ich begrüße Dich darum mit einem freundlichen guten Morgen.

den 24. März.

Karfreitag feiern wir heute; Du hast gewiß mehr an diese Zeit gedacht, als ich, denn wir leben hier dergestalt, daß ich vor einigen Tagen noch nichts von dem heutigen Festtage wußte. In der Kirche bist Du jetzt schon gewesen, hast auch wohl schon Deinen Nachmittagsgang gemacht und schaust nun der immer tiefer gehenden Sonne nach, die uns erst vor ein paar Stunde aufgegangen,

Das weiß der sozialistische Minister Haenisch ganz genau. Schon damals, als in Weimar der Sperrparagraph 174 angenommen wurde, stellte er deshalb seiner Partei sein Mandat als Minister zur Verfügung, weil er als Minister nicht glaubte gegen die Forderungen des sozialistischen kulturpolitischen Programms regieren zu können. In dem Augenblick aber, wo die Partei beschloß, daß der Minister auf seinem Posten verbleiben solle, mußte Herr Haenisch mit allen Mitteln für die loyale Durchführung der Verfassung eintreten, mochte seine Partei vielleicht auch tausendmal etwas anderes von ihm erwarten. Daß Herr Haenisch das nicht getan hat, ist neben der einseitig betriebenen Personalpolitik mit die schwerste Schuld, die ihn belastet.

Anläßlich der Beratungen des Kultusetats im Hauptausschuß im Dezember v. Js. sind Herrn Haenisch von seiten der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Zentrums die schwersten Vorwürfe gemacht worden, daß es ihm nicht gelungen sei, der unerhörten Agitation auf sofortige Einrichtung weltlicher Schulen erfolgreich entgegenzutreten, ja daß er selbst durch die Einrichtung evangelischer und katholischer Schulen ohne Religionsunterricht der ganzen Bewegung Vorschub geleistet habe. Seine Verteidigung damals war lahm und hat niemand überzeugt. Anstatt aber aus den dringenden Warnungen der bürgerlichen Parteien die einzig gebotene Lehre zu ziehen und seine ganze Autorität aufzubieten, um die Zwischenzeit bis zur Verabschiedung des dem Reichsrat bereits zugegangenen Reichsschulgesetzes von weiteren gewaltsamen Versuchen der Einrichtung solcher Schulen frei zu halten, wächst die Agitation ins Ungemessene. Konfessionelle Schulen müssen von einer Minderheit von Schülern, deren Eltern am Religionsunterricht festhalten, geräumt werden; Umschulungen finden statt, durch die Kinder, die nicht in die neu geschaffene weltliche Schule gehen wollen, schwer geschädigt werden, da weite Schulwege von ihnen verlangt werden; Lehrer und Rektoren, die sich weigern, an weltlichen Schulen zu unterrichten, laufen Gefahr, im Interesse des Dienstes versetzt zu werden — kurzum: Schwierigkeiten und Schikanen, gegen die weder Eltern noch Lehrer geschützt werden.

Eltern aber wie Lehrer, die unter solchen Maßnahmen leiden, bedürfen des Schutzes. Ihn zu erreichen, ist der Zweck der Interpellation, die ich mit den Abgeordneten Herrmann (Neviges) und Frau Dr. Kemper an die Staatsregierung gerichtet habe und in der erneut auf die verfassungswidrigen Zustände in vielen Gegenden Preußens hingewiesen wird.

Dabei sind wir uns der Schwierigkeiten wohl bewußt, die dem Ministerium aus dem Artikel 149 erwachsen, nach dem die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung dessen überlassen bleibt, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat. Dieser Artikel garantiert die Gewissensfreiheit von Lehrern und Eltern, und wir wünschen, daß dem im vollsten Maße Rechnung getragen werde. Weigert sich ein Lehrer, Religionsunterricht zu erteilen, so ist das der Willensentschluß, dessen Beachtung ihm die Verfassung gewährleistet; solange aber nicht genügend Simultanschulen und noch keine weltlichen Schulen bestehen, an denen er Verwendung finden könnte, hat er die Pflicht, nichts zu tun, was den geordneten Fortgang des Gesamtunterrichts stören könnte. Wünschen Vater und Mutter ihr Kind vom Religionsunterricht fernzuhalten, so mögen sie das vor sich selbst verantworten, und der Staat hat auf jedes Zwangsmittel ihnen gegenüber zu verzichten, solange aber für solche Kinder die erst durch ein Reichsschulgesetz zu schaffenden weltlichen Schulen fehlen, haben sich die Eltern dem Gesamtbetrieb des übrigen Unterrichts einzuordnen. Das verlangt die Staatsautorität, die unter einer schleichenden Revolution schwerer erschüttert wird, als unter einem einmaligen gewaltsamen Schlag, auf den dann die Ruhe folgt.

Nach den Mitteilungen des Herrn Ministers Haenisch gibt es augenblicklich 7000 Lehrer, die die Erteilung des Religionsunterrichts ablehnen — eine verschwindend geringe Zahl, die der sozialistischen Agitation ein Dorn im Auge ist. Soweit ein Teil von ihnen die Führung in der Frage der augenblicklichen Begründung weltlicher Schulen übernommen hat, möge er sich die Entschließung der Berliner Lehrerkammer vor Augen halten, die einstimmig gefaßt wurde:

> „Nach dem Artikel 174 der Reichsverfassung bis zum Erlaß des in Artikel 146 Abs. 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage und können weltliche Schulen zurzeit nicht eingerichtet werden."

Luxemburg.

Friedensvertrag Artikel 40—41.

„Deutschland verzichtet gegenüber Luxemburg auf alle vor dem Kriege geschlossenen Verträge insoweit, als sie ihm günstige Bestimmungen enthalten. Der Zollverband mit Luxemburg wird gelöst, Deutschlands Rechte über die Eisenbahnen werden aufgehoben, die Neutralität Luxemburgs wird neu geregelt. Handels- und verkehrspolitisch ist Luxemburg volle Meistbegünstigung einzuräumen."

---

indem Du meiner dabei gedenkst und einen Liebesgruß hinübersendest über Land und Meer in weite Ferne. Ich kann nicht schöner feiern, als wenn ich mich mit Dir liebe- und sehnsuchtsvoll unterhalte und darum soll Dir der ganze Morgen gewidmet sein. Mit dem Gedanken an Dich schlief ich gestern Abend ein, nachdem ich noch zuvor Deinen Brief mit glühender Freude las; mit Dir beschäftigte sich mein Geist, während mein Körper ruhte und beim Erwachen warst Du mein erster Gedanke. Und so ist heute wie gestern und morgen wie heute, nur daß mit der Länge der Zeit die Sehnsucht größer und das Gefühl tiefer und inniger wird. Am lebhaftesten gehen meine Wünsche nach Dir, wenn ich an den lieblichen Abenden draußen umherziehe. Es wird jetzt immer schöner und wo nur irgend etwas mich anspricht, denke ich an Dich und wünsche den Genuß mit Dir zu teilen. Besonders fühlte ich vorgestern Abend Deine Nähe. Ich war mit Gustav dem Wilhelm entgegengeritten und indem die Erwartung uns immer weiter trieb, brach unversehens der Abend herein, als wir noch sehr weit von der Stadt waren. Hell und freundlich stand am schönen blauen Himmel der Mond und erleuchtete die wunderherrliche Gegend so lieblich, daß auch wohl einer, der weniger empfänglich ist, davon ergriffen werden mußte. Ich dachte an Dich mit aller Sehnsucht der Liebe und fühlte es tief und schmerzlich, von Dir so ferne zu sein und blieb darum wehmütig und stumm den ganzen Abend. Wohl uns, daß der Augenblick des Wiedersehens immer näher rückt; ich freue mich ganz unendlich darauf und süßer Schauer durchdringt mein Herz, wenn ich ihn mir ausmale. O Du treue, liebe Betty!

Nun laß mich noch Deinen lieben, lieben Brief beantworten, daß ich Gelegenheit finde, noch manches Dir zu sagen, was mir auf dem Herzen liegt.

Sehr lieb ist es mir, daß Du die Reise nach Düsseldorf und Elberfeld gemacht hast. Deine Beschreibung derselben habe ich mit vielem Vergnügen gelesen und ganz besonders freue ich mich, daß die Freunde in Düsseldorf Dich so liebevoll behandelt haben. O hätte ich Dich nur begleiten können, um Zeuge Deiner Freude und Deines Entzückens zu sein. Daß ich indeß in jener Zeit vielfach mit Dir beschäftigt war, daß mein Geist Dich umschwebte und Dir manchen Gruß zulispelte, hast Du unterdeß hoffentlich aus meinem zweiten Brief von der See ersehen, den ich am 18. Okt. begann und am 3. November endete. Jede der Erinnerung wichtige Stunde jener Tage habe ich im Stillen gefeiert und Deinen Geburtstag, so gut es auf dem Schiff anging, festlich begangen. Es wäre sehr betrübt, wenn der erwähnte Brief verloren gegangen sein sollte; ich bin überzeugt, daß so wie ich ihn mit großer Freude und unendlicher Liebe geschrieben, Du ihn mit Entzücken gelesen, wenn er in Deine Hände gekommen. Den biederen Freunden herzlichen Dank, daß sie so liebevoll und teilnehmend den Festtag Dir ausschmückten. Dein Urteil über mein elterliches Haus habe ich nicht anders erwartet. Wenn ich nicht irre, habe ich auch in der Hinsicht in einem Briefe ähnliches gesagt. Aber es ist nicht zu ändern, und so groß auch von jeher mein Einfluß auf Vater und Stiefmutter gewesen, so konnte und durfte ich doch nicht immer eingreifen und vermochte noch weniger abzustellen, was ich so ungern wahrnehme. Ich habe oft viel Kummer deshalb gehabt, auch noch in der letzten Zeit, nur nur, damit Du nicht Dich betrüben möchtest, habe ich Dir manchen Klagebrief von meinem Vater vorenthalten. Gott bessere es! Ich kann nicht helfen und habe oft mit Wilberg und F. A. Jung in Ratschlägen mich erschöpft, ohne daß einer etwas gefruchtet hätte. Doch ab davon und zu freundlicheren Gegenständen.

Wilberg hat Dich gewiß herzlich empfangen und dessen Frau und Tochter nicht minder, deß bin ich gewiß und daß Du bei F. A. Jung recht willkommen warst, hat er mir unter dem 7. Dez. freundlich geschriebn. Aber die schlimme Rückreise zeigt wieder recht deutlich, wie auf Freud Leid folgt und daß sie nicht weitere schlimmere Folgen hatte, nenne ich ein Glück. Gerade am 14. Nov. habe ich für Dich auf der Höhe von Tucatan ein Liedchen niedergeschrieben, in dem meine Gefühle sich aussprechen. Ich sandte es Dir mit einem langen Briefe von Alverado und hoffentlich ist es schon längere Zeit in Deinen Händen und Du weißt dann, wie auch ich mich sehne nach Dir. Schön ist es, daß wir damals zu gleicher Zeit unsere Briefe schlossen und ungefähr in gleicher Zeit unserer Herzen Gefühle aussprachen. Es liegen schon 4 Monate zwischen damals und jetzt und noch ist es heute nicht anders. Meine letzten Briefe sind vielleicht nur zu getreue Abdrücke meiner trübseligen Stimmung, der ich nicht immer Meister werden konnte und das wäre mir doch leid, denn ich möchte auch nicht eine einzige traurige Minute für Dich dadurch verursachen. Deiner Freundinnen Los kann von hier aus nicht eher bestimmt werden, denn das Deinige; auch sie müssen einstweilen warten und gleich Dir und mir sich trösten, bis die Umstände eine Entscheidung herbeiführen. Glaube mir aber, daß ich die Sache eifrig betreibe und daß ich an Eurer Zusammenreise unaufhörlich arbeite. Ohne die Freundinnen kannst Du nicht kommen; wenigstens werde ich Dich nie in eine

Diese Bestimmungen greifen willkürlich in das Vertragsverhältnis zwischen Deutschland und Luxemburg ein, ohne daß beide Staaten zur Mitwirkung herangezogen worden wären. Unter dem Schutze des Zollvereins hatte sich in Luxemburg unter deutscher Führung eine großartige Eisenindustrie entwickelt, die durch Arbeitsteilung und Kapitalverbindung auf den ungestörten Zusammenhang mit den deutschen Unternehmergruppen angewiesen ist. Deutschland empfindet seinerseits den Ausfall der aus Luxemburg bezogenen Rohstoffe und Halbfabrikate zur Weiterverarbeitung in Deutschland als wirtschaftlich störend und produktionshemmend. Entgegen dem natürlichen Verlauf der wirtschaftlichen Kraftlinien wird Luxemburg jetzt gezwungen, nach Westen Anschluß zu suchen; die Zukunft wird zeigen, daß auch hier das Diktat von Versailles störend und mit verletzender Ungerechtigkeit in eine gesunde Entwicklung eingegriffen hat.

Dr. Streiemann,
Mitglied des Reichstags.

Schwarze Schmach im Film

Ein Film ist dieser Tage der Öffentlichkeit übergeben worden, der sich durch mancherlei von den sonstigen „Filmpremieren" unterschied. Da gab's nicht wochenlang vorher Pressenotizen, die uns auf die Toilettenpracht der männlichen und weiblichen „Stars" gebührend vorbereiteten, keine Mitteilungen, daß man, um die Echtheit des adligen Milieus herauszubringen, einen leibhaftigen Grafen als Berater zur Regie herangezogen habe. Als dieser Film zum ersten Male lief, da war es kein „gesellschaftliches Ereignis" ... Und dennoch ist er wichtiger, als alle die übrigen. Weil er dazu bestimmt ist, deutsches Elend und deutsche Not am Rhein den glücklicheren Gebieten Deutschlands vor Augen zu führen. Weil er bestimmt ist, an das Gewissen des Volkes zu rühren, und die Herzen zu öffnen für jenes Leid am deutschen Rhein, das die schwerste Last der Bevölkerung im besetzten Gebiet darstellt: Die „Schwarze Schmach"— die Besetzung mit schwarzen Truppen und ihre Folgeerscheinungen, Gewalt und Verseuchung. Und dieser Film „Die schwarze Schmach" (von Dr. John Freden) ist nicht etwa ein Phantasieprodukt eines konjunkturgewandten Autors, sondern: „Alle in dieser dramatischen Handlung verwendeten Einzeltatsachen sind urkundenmäßig belegt und mit allen näheren Angaben zu finden: 1. in der Broschüre des bekannten englischen Politikers E. D. Morel „Der Schrecken am Rhein", 2. in der Broschüre der Rheinischen Frauenliga „Farbige Franzosen am Rhein".

Die deutsche Vereinigung zur Bekämpfung der schwarzen Schmach hatte der Presse Gelegenheit gegeben, den Film zuerst besichtigen zu können. Die Handlung ist schlicht und verwebt die Einzeltragödien ohne Übertreibungen zu einem Ganzen: Die Portierfrau im Hause eines Frauenarztes, in dessen Klinik täglich „Fälle" eingeliefert werden, vermißt ihre Tochter, und eine rheinische Mutter weiß nur zu gut, was ein Ausbleiben, ein Verschwinden eines Kindes bedeuten kann. Sie klagt ihre Not der Arztfamilie. Der junge Sohn des Hauses macht seine Jugendgespielin in einem Bordell für Schwarze ausfindig und büßt seine Befreiungstat mit dem Tod durch die Kugel des schwarzen Postens. Die Tochter des Arztes wird auf einem Gang durch die Stadt von farbigen Soldaten verfolgt, flüchtet sich in eine anrüchige Kneipe — aber: deutsch ist deutsch ... die Männer verteidigen das deutsche Mädchen und werden von einem Kommando weißer Franzosen, das die disziplingelockerten Schwarzen nur noch mit Maschinengewehrdrohung bändigen kann, wegen Waffentragens in Haft abgeführt. Eine Arbeiterfrau wird in eine Kaserne verschleppt und nur die Zusammenrottung der Arbeiter und der Mut der Frau, die sich losreißt, retten sie. Auf einem Waldspaziergang mit ihrem Verlobten wird die Arzttochter von Schwarzen verschleppt — und körperliches wie seelisches Elend vernichtet ihr Glück. So reiht sich Tragödie an Tragödie, erschütternd, aufwühlend. Denn, vergessen wir es nicht: es sind Tatsachen, urkundlich belegte Tatsachen, von einem englischen Zeugen durch seine Schrift beeidet ...

Wir haben glanzvolle Filmpremieren gesehen diesen Winter, und die hauptstädtische Presse hatte immer Raum, sie zu würdigen. Die ganze Unkultur unserer Zeit sprach sich oft in dieser Überbewertung des Films aus. Man mag über die künstlerische Bedeutung des Films — trotz Paul Wegener! — sehr skeptisch denken, seine pädagogisch-propagandistische Wirkung soll ihm nicht geschmälert werden. Möchte daher dieser von der Deutschen Vereinigung zur Bekämpfung der schwarzen Schmach der Öffentlichkeit übergebene Film seine Aufgabe erfüllen: das Volk zu wecken und zur Abwehr zu sammeln gegen die Rassenschändung am deutschen Rhein.

Absagen an die Deutsche Mittelstandspartei.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Preußischen Landtag hat, wie die Nationalliberale Korrespondenz mitteilt, an die Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes zu Händen des Abgeordneten Holzamer folgendes Schreiben gerichtet:

„Auf Ihre an verschiedene, dem Mittelstande sich zuzählenden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei gerichteten Schreiben betreffend gegenseitige Unterstützung bei Anträgen usw. erwidern wir im Auftrage sämtlicher Empfänger folgendes:

Welt führen, sei sie auch noch so schön, in der Du allein stehen müßtest. Ich habe mich darüber schon wiederholt ausgesprochen und kann darum davon abbrechen. Daß Ihr Euch fleißig besucht, vernehme ich gern ,bleibt Euch nur gut und treu und vertraut dem, der alles wohl macht. Wir wünschen ja nur in Liebe und Eintracht ungestört von des Lebens alltäglichen und gemeinen Sorgen unser Dasein uns auszuschmücken und dazu eröffnen sich allerdings in unserem Lande mehr Wege, als daheim. Je eher es mir das Schicksal vergönnt, einen einzuschlagen, desto glücklicher werde ich sein, indem alsdann unsere Wiedervereinigung, die der Mittelpunkt meines ganzen Wirkens und Strebens und den Gegenstand meiner sehnlichsten Wünsche ausmacht, nichts mehr im Wege steht. Die Freunde in Düsseldorf vergesse ich nicht und ich habe Hoffnung, vielleicht recht bald denselben zu zeigen, daß ich fortwährend Ihres Vertrauens wert bin. Deine früheren Briefe erwarte ich mit Ungeduld; es sind der Gelegenheiten so viele, daß man einen ganz regelmäßigen Briefwechsel führen kann. Über New-York ist es übrigens weniger sicher, als über London durch Herrn Reuß oder als vermittelst direkter Schiffe. Herr Hundeiker wird wohl viel für mich haben, und wie sehr ich darum dessen Ankunft wünsche, ist Dir begreiflich. Noch ist die Manonne, womit er gesegelt, nicht gelandet und umso eher dürfen wir annehmen, daß, wenn sie nicht verunglückt, Ihre Ankunft sehr nahe ist. Äußerst begierig bin ich, aus Deinen Briefen einiges über Deine Eltern zu vernehmen, wovon Du in dem vom 2. Dez. gar nichts gesagt hast. Wie sind deren Ansichten und Gesinnungen in Betreff Deiner Reise hierher gegenwärtig? Haben sie sich beruhigt oder sind sie in ihrem Widerstand ernster und fester geworden? Das sind Fragen, die ich mir oft vorlege und deren Beantwortung für mich von der größten Wichtigkeit ist. Darum vermisse ich ungern die desfallsige Kunde in Deinem Briefe. An Deinen Vater fing ich vor einiger Zeit eine Brief an, da aber unwillkürlich nach des Herrn Schleydens Ankunft sich mein sehr betrübtes Herz in Klagen über das Ausbleiben Deiner Briefe ergoß, so mag ich denselben jetzt nicht abgehen lassen. An Heinrich und Getrude schrieb ich schon neulich und kann es darum für diesmal wohl mit einem herzlichen Dank für die freundlichen Zeilen der letzteren bewenden lassen. Sie empfängt ohnehin ein eng beschriebenes Brieflein und ich dagegen habe nur ein Blättchen erhalten. Aber springen wird sie und auch eine Faust machen, wenn sie meinen etwas neckischen Brief lieset; das ist indeß bei Mädchen immer der Fall, wenn man so mit ihnen spricht, während sie doch im Herzen sich freuen über die Hindeutungen. Sollte sie jedoch die Hand zum Maulschellieren erheben, so lache sie in meinem Namen aus. Ich bin hier ganz sicher vor dem gestrengen Schwesterlein. Grüße es nur recht freundlich und versichere es meiner aufrichtigen Zuneigung und brüderlichen Liebe. Diezes Kinder grüße ebenfalls recht herzlich; wenn ich kommen kann, bringe ich allen etwas mit und besonders soll der dicke Namensvetter wohl bedacht werden, wenn er sich nicht mehr vor den Leuten verkriecht, als was sich nicht geziemt für deutsche ehrliche Jungen. Aber wie Du meinen Paten in Siegen so ganz und gar vergessen konntest, das begreife ich noch nicht. Überhaupt hast Du mir von keinem etwas gemeldet; sogar Gertrude schweigt von allem und jedem, und ich möchte doch von manchem etwas näheres wissen. Was seid Ihr mir für Leute? Verklagen sollt' ich Euch beim Stadtgericht; der Herr Stadtsekretär würde gewiß eine solche sträfliche Nichtachtung gehörig rügen und ahnden.

Minna hat den Brüdern ein Lied von Dir: „Der heilige Hain bei Friedewald" gesandt und eben habe ich es mir von Gustav geben lassen. Dank Dir für die Freude, so es mir gemacht; Du bist ein gutes treues Kind; eine brave treue Freundin und eine vielgeliebte Betty. Sieh, meine Teure, als ich so bekümmert auf Nachricht von Dir wartete, als bisweilen unsäglich Weh mein Herz zerfleischte, wenn meine Hoffnung so bitter getäuscht wurde, da ist mir nie der Gedanke gekommen, daß Deine Liebe zu mir sich vermindert, wohl aber dachte ich Dich bisweilen krank und einigemale kam es mir zu meinem Unglück in den Sinn, Du könntest sogar gestorben sein. O, das war schrecklich und hätte mich zur Verzweiflung bringen können, wenn nicht jedesmal kindliches Vertrauen auf den himmlischen Vater meinen Mut wieder belebt. O meine Betty! Erhalte Dich sorgsam für meine Liebe, so wie Du mir Deine Liebe treu und rein erhalten wirst. Wenn ich je dessen wert war, dann bin ich es jetzt da alles, was ich denke und tue, nur Bezug auf Dich hat. Erfülle meine Bitte mein Kind und vergesse nicht, daß mein Leben und mein Glück in Deine Hand gelegt ist. Was mich anbetrifft, so weiß und will ich nichts anders, als Dich glücklich machen, wie Menschen dies vergönnt ist.

(Fortsetzung folgt.)

Ihre Vorschläge dienen nicht der Förderung der handwerklichen und gewerblichen Sache selbst, sondern führen zu einer weiteren, leider immer noch vorhandenen Zersplitterung. Diese Zersplitterung ist durch die Beschlüsse der letzten Herbsttagung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks in Jena wenigstens in wirtschaftspolitischer Hinsicht dadurch auf ein Mindestmaß eingeschränkt worden, daß mit Entschiedenheit der Beschluß gefaßt wurde, keine eigne politische Mittelstandspartei zu gründen oder zu unterstützen. Unsere Mitglieder aus dem Mittelstand sind nicht gewillt, sich mit den von Ihnen voll gebilligten Beschlüssen der Jenenser Handwerkertagung in bewußten Gegensatz zu setzen."

Nachdem die deutschnationale und die Zentrumsfraktion eine ähnliche Absage erteilt haben, ist nunmehr mit der bevorstehenden Absage eine parlamentarische Unterstützung des Deutschen Mittelstandes durch die bürgerlichen Parteien, denen sich wohl die Masse der Wählerschaft der Mittelstandspartei nach ihrer politischen Weltanschauung zurechneten, ausgeschlossen. Damit wäre die Wirtschaftspartei, wenn sie nicht die Hilfe der Demokraten oder der Sozialdemokraten in Anspruch nehmen will, was ebenfalls wohl als ausgeschlossen erscheint, in ihrer politischen Wirksamkeit völlig isoliert.

Schlußmusik aus dem Reiche Haenisch.

Am 11. März erklärte der Minister Severing in der zweiten Sitzung des Preußischen Landtages, daß das Ministerium als Ganzes seine Entlassung eingereicht habe und daß die einzelnen Minister ihre Ressorts nur zur Erledigung der laufenden Geschäfte weiterführen würden. Auf Grund von Zurufen von deutschnationaler Seite, wie es mit der Ernennung von politischen Beamten stünde, erwiderte Herr Severing, daß er solche Ernennungen nicht mehr für zulässig hielte, daß aber auch solche nicht stattfinden könnten, da zu ihrer Bestätigung das Staatsministerium in Funktion treten müsse, und dies gäbe es ja zurzeit nicht mehr.

Die Bestätigung des Staatsministeriums ist aber nicht nur für die politischen, sondern für alle Beamten des höheren Dienstes erforderlich. Trotzdem sind in dem Ressort des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in den allerletzten Wochen noch eine Reihe von Ernennungen rein sozialistischer Beamten erfolgt, die diesem Grundsatz ins Gesicht schlagen. Hier zwei Beispiele dafür!

In Hannover ist für den 1. April 1921 Frl. Dr. Margot Heinemann zum Oberschulrat ernannt. Man sollte annehmen, daß eine vorzügliche, gründliche und vielseitige Bewährung im höheren Schuldienst des Mädchenbildungswesens vorläge. Nichts von alledem: die Dame ist 37 Jahre alt, schlägt somit den Rekord des bisher jüngsten Oberschulrats, eines anerkannt hervorragenden Fachmannes, um mehrere Jahre. Die Dame ist niemals Leiterin einer höheren Lehranstalt gewesen, nun soll sie Vorgesetzte und Beraterin erfahrener Schulmänner und Frauen sein, die dies schwierige, heute gegenüber Lehrerkollegium, Schülern, Eltern und den Behörden aller Art doppelt schwierige Amt schon lange geführt haben. Wie kann sie fachmännisch urteilen, wenn sie auf dem Gebiet der Schulleitung gänzlich Laie ist? Aber noch mehr! Die Dame ist erst vor drei Jahren fest angestellt, verfügt also auf dem Gebiet des Unterrichts- und Erziehungswesens über eine nur sehr geringe Erfahrung. Auch diese drei Jahre hat sie sich nicht durchweg praktisch-pädagogisch betätigt, sondern ist — und damit kommen wir zu dem Schlüssel des Rätsels — seit über einem Jahr Hilfsarbeiterin im Ministerium; sie sollte auch vorläufig ihre Stelle nicht antreten, sondern im Ministerium bleiben. Man sieht, sie sollte noch schleunigst vor Abgang des Herrn Haenisch sicher untergebracht werden; vielleicht mit der Hoffnung, am 1. Oktober das Dezernat eines ausscheidenden Ministerialrates zu übernehmen.

Ein anderes Beispiel! In Elberfeld ist zum 1. April ein Lehrer Weis aus Solingen zum Kreisschulrat ernannt. Außer seiner anerkannt sozialdemokratischen, religionsfeindlichen Gesinnung ist wenig über den Herrn zu sagen. Einer der beiden Kreisschulräte in Elberfeld gehört bereits dieser Richtung an, jetzt wird auch die andere Stelle mit einem Mann der gleichen Richtung besetzt, und das in einer Stadt, in der 2000 Kindern, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen sollen, ausdrückliche Willenserklärungen für 19 000 gegenüber stehen, für die ihre Eltern auf den Religionsunterricht nicht verzichten wollen. Muß man da nicht von einer krassen Ignorierung des Willens der hierüber mit Recht empörten Erziehungsberechtigten, von einer völligen Verkennung der geistigen Strömungen in dieser Stadt, von einer Futterkrippenpolitik schlimmster Art reden?

Der Preußische Landtag wird die neue Regierung zu einer gründlichen Prüfung auffordern müssen, ob diese und ähnliche Ernennungen des abbauenden Kultusministers überhaupt rechtskräftig sind.

Aus Welt und Zeit.

Sozialistische Beamtenerinnerungen

Das „Westfälische Tageblatt" in Hagen hat in einem durchaus sachlichen Artikel vom 15. Dezember 1920 sich darüber ausgesprochen, daß der ehemalige Gärtnergehilfe Hansmann, der Schwiegersohn des Herrn König in Arnsberg, durch seinen Schwiegervater zum Landrat des Kreises Hörde ernannt worden sei. Wegen dieses Artikels hat der sozialistische Minister des Innern, Herr Severing, gegen den Chefredakteur, Herrn Thiebes, des „Westfälischen Tageblattes" wegen verleumderischer Beleidigung Strafantrag gestellt. Durch die eidliche Vernehmung des Herrn König und des Oberpräsidenten von Westfalen wurde festgestellt, daß König den Antrag auf Ernennung seines Schwiegersohnes zum Landrat nicht gestellt hat. Die sozialistische Partei des Kreises Hörde hatte den Antrag direkt beim Minister des Innern gestellt. Von dem Minister war der Antrag dem Oberpräsidenten zur Prüfung zugegangen. Der Oberpräsident hatte die Prüfung durch einen Beamten aus Münster direkt vornehmen lassen, um Herrn König zu ersparen, über seinen Schwiegersohn urteilen zu müssen. Auf die Frage der Verteidigung, ob der Oberpräsident Herrn Hansmann für geeignet zum Landrat gehalten habe und wie der Bericht des prüfenden Beamten ausgefallen sei, bat er, ihm eine Antwort zu erlassen. Nach Lage der Beweisaufnahme ließ der Staatsanwalt die Anklage wegen verleumderischer Beleidigung fallen, er hielt nur einfache Beleidigung für vorliegend. Der Angeklagte wurde freigesprochen, da er als Führer einer großen Partei und Stadtverordneter in Wahrnehmung berechtigter Interessen das Recht habe, darauf zu halten, daß die Maßnahmen des höchsten Verwaltungsbeamten im Regierungsbezirk lediglich von sachlichen Gesichtspunkten zu erfolgen haben.

*

Die Schadenersatzforderung.

Arbeiten bis Mitternacht!

Das Journal des Debats unternimmt unter Hinweis auf die nun vom Wiederherstellungsausschuß festgesetzte Schadenforderung einen Vorstoß gegen jede Rückkehr zum Pariser Abkommen und legt dabei die französische Auffassung mit einer ungewöhnlich plumpen Offenheit dar. Da heißt es:

Deutschland schuldet den Verbündeten 132 Milliarden Goldmark. Man muß es auffordern, diese Schuld in einer gewissen Zeit zu begleichen. Da Deutschland dieses Geld nicht besitzt, und auch keinen Wert von gleicher Höhe, den man pfänden kann, muß man es behandeln wie jeden Schuldner; es muß Abschlagszahlungen leisten, und man muß sich sichern, daß es die Vermögensstücke, die es noch besitzt, anständig verwaltet. Also man muß zuerst pfändbare und verkaufbare Sicherheiten nehmen und dabei so verfahren, wie man gegenüber Ehegatten und Vätern verfährt, die Frauen und Kindern Alimentationen leisten müssen. Man muß den Deutschen sagen: „Arbeite, und am Abend, wenn du fertig bist mit deiner Arbeit, dann arbeite noch bis Mitternacht, bis ein Uhr morgens, damit du Werte schaffst." Wenn darauf geantwortet wird, das sei Sklaverei, dann muß man erwidern: „Nein, alle ehrlichen Menschen, die Schulden zu bezahlen haben, leisten ein übriges, um sich von diesen Schulden zu befreien." Gewiß, so fährt der Artikel fort, kann man ein Land nicht behandeln wie einen gewöhnlichen Schuldner. Aber Deutschland, das sich entzieht, hat Kohlen, die man pfänden kann. Wenn es dann schreit, muß man es heulen lassen, wenn es Ausstände macht, muß man ihm den Gürtel, den es um den Leib trägt, enger schnüren. Ein Volk kann nicht wie ein einfacher Gefangener einen Hungerstreik organisieren.

Der Artikel verlangt zum Schluß im Namen der geheiligten Rechte der Verbündeten, man solle nicht mehr beginnen, mit Deutschland zu verhandeln, und dürfe sich unter keinen Umständen darauf einlassen, den vom Wiederherstellungsausschuß festgesetzten Betrag zu mindern.

An unsere Leser!

Die mit so viel Beifall aufgenommenen Briefe von Siegerländern aus Mexiko sollen nach Abschluß der Veröffentlichung im Beobachter in Buchform erscheinen. Sie werden durch weitere Briefe, die hier nicht veröffentlicht werden, und durch eine ausführliche Geschichte des deutsch-amerikanischen Bergwerksvereins ergänzt werden. Auch Bilder der Briefschreiber und -Empfänger sowie einige Ansichten aus Mexiko sollen dem Buche beigegeben werden. Das Buch wird einen wertvollen Beitrag zur Geschichte unserer engeren Heimat darstellen, aber auch von allen Freunden des Deutschtums im Auslande beachtet werden müssen. Bei einem Umfang von 400 bis 500 Seiten wird es für die heutigen Verhältnisse ein billiges Buch werden. Der Plan kann aber nur zur Ausführung kommen, wenn eine genügende Anzahl von Bestellern sich zur Abnahme im voraus bereit findet. Wir bitten alle diejenigen, welche das Werk beziehen wollen, ungesäumt dieses der Geschäftsstelle des Beobachters, Siegen (Brüderweg 1), durch Postkarte mitzuteilen.

Herr Lübbring und der Achtstundentag.

Ein merkwürdiges Abenteuer des sozialdemokratischen Königsberger Polizeipräsidenten Lübbring wird der Ostpreußischen Zeitung (Nr. 94) aus Wehlau berichtet: Daß die Ziele des Sozialismus auch seinen Vertretern mitunter unangenehm werden können, ist eine bekannte Tatsache. Diese traurige Erfahrung mußte auch Polizeipräsident Lübbring dieser Tage am eigenen Leibe machen. Nach einer von ihm in Wehlau abgehaltenen Wahlversammlung wünschte Herr Lübbring in einem dortigen Hotel ein geheiztes Zimmer zum Nachtquartier. Der Hotelbesitzer sagte ihm dies auch zu und wies den Hausdiener an, ein Zimmer zu heizen. Der aber kam eben von der sozialistischen Versammlung und erklärte, noch ganz unter den Eindrücken des von Herrn Lübbring kurz vorher vertretenen Programms, er hätte seine acht Stunden heute schon hinter sich und würde das Zimmer nicht heizen: „Herr Lübbring hätte doch selbst den Achtstundentag eingeführt!" Dem Polizeipräsidenten blieb nichts anders übrig, als das gastliche Anerbieten eines Genossen anzunehmen und sein müdes Haupt in der Wohnung eines ehemaligen Steinsetzers zu betten, der es auf der Stufenleiter sozialdemokratischer Entwicklung zum Gewerkschaftsbeamten gebracht hat.

*

Die weltliche Schule ohne Lehrer.

Wie aus Solingen berichtet wird, hat sich dort auf Anfrage kein einziger Lehrer bereit erklärt, an der von der „Freien Schulgemeinde" beantragten weltlichen Schule zu unterrichten.

In Remscheid haben sich von 100 Lehrern nur vier bereit erklärt, in der weltlichen Schule zu unterrichten.

Die evangelische Schulgemeinde Barmen, die 19000 Mitglieder zählt, hat in einem Telegramm an den Minister Haenisch schärfsten Einspruch gegen die Ernennung des sozialdemokratischen Lehrers Meis aus Solingen zum Kreisschulrat in Barmen erhoben. In dem Telegramm wird laut „Köln. Ztg." darauf hingewiesen, daß der zweite in Barmen tätige Kreisschulrat nicht als Freund der Bekenntnisschule angesprochen werden könne, die hiesige Bekenntnisschule aber 90 v. H. aller Volksschüler umfasse. Die Berufung des Herrn Meis bedeute infolgedessen eine Entrechtung der überwältigenden Mehrheit der Barmer Eltern. Die Maßnahme sei geeignet den Schulfrieden aufs schärfste zu gefährden.

Aus der Partei.

Reichsschulausschuß.

Der Reichsschulausschuß der D. V. P. ist zurzeit in organisatorischer Umbildung begriffen. Er wird künftig aus den gewählten Vertretern sämtlicher Wahlkreis-Schulgruppen und den schulpolitisch interessierten Parlamentariern der Partei bestehen. Da er aber nur in größeren Zeitabständen und bei besonderer Veranlassung zusammentreten kann, war es nötig, ihm als Unterorgan einen ständigen Berliner Arbeitsausschuß anzugliedern. Dieser ist nunmehr gegründet worden. Zu dem Zwecke fand am Montag, dem 21. März, im Reichsklub unter der Leitung des 1. Vorsitzenden des Reichsschulausschusses der D. V. P., Landtagsabgeordneten Rektor Hollmann, eine Tagung statt, die von 16 gewählten Vertretern der drei Groß-Berliner Wahlkreise besucht war. Nachdem Abg. Hollmann die Notwendigkeit, die Aufgaben und die Zuständigkeiten dieses Ausschusses näher dargelegt hatte, wurde die Gründung einstimmig beschlossen. Sämtliche Anwesende, darunter Frau Abg. von Kulesza und Abg. Hollmann, traten als Mitarbeiter in den Ausschuß ein, der sich später noch durch weitere besonders sachverständige und arbeitsfreudige Mitglieder, insbesondere auch aus den Reihen der Parlamentarier verstärken wird. Zum geschäftsführenden Vorstand wählte der Ausschuß Kreisschulrat Dr. Schepp-Berlin als Vorsitzenden, Studienrat Dr. Chudzinski-Wilmersdorf und Lehrer Hahn-Berlin-Borsigwalde als Beisitzer bezw. Stellvertreter und Generalsekretär Kockelkorn von der Reichsgeschäftsstelle als Geschäfts- und Schriftführer. Es wurde sodann in lebhafter Aussprache ein Arbeitsplan für die nächste Zukunft aufgestellt, der u. a. eine eingehende Durchberatung der Probleme, die mit dem zu erwartenden Reichsschulgesetz nach Art. 146, 2 der Reichsverfassung in Verbindung stehen, und die Frage der Lehrerbildung vorsieht. Die nächste Arbeitssitzung fand am 11. April um 4 Uhr im Reichsklub statt. Sie hat sich mit dem zu erwartenden Reichsschulgesetz nach Art. 146, 2 beschäftigt. Frau Reichsabgeordnete Direktorin Dr. Matz hat die Besprechung mit einem Vortrag eingeleitet.

*

Parteibeiträge.

In zahlreichen Vereinen fürchtet man bei einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge einen Verlust an Mitgliedern. So kommt es, daß es immer noch Vereine mit einem Jahresbeitrag von 6, 3 und gar 2 Mark gibt. Solche Vereine sind außerordentlich leistungsschwach und können bei den heutigen Verhältnissen aus den Mitgliederbeiträgen kaum die Portokosten für einige Rundschreiben an alle Mitglieder decken. Für irgendwelche andere Aufgaben ist überhaupt kein Geld vorhanden. Eine der wichtigsten Aufgaben aller Vorstände und Geschäftsführer ist deshalb die, immer wieder auf die Erhebung eines den Verhältnissen angemessenen Mitgliederbeitrages zu dringen. Vereine, die vor dem Kriege einen Jahresbeitrag von 2 ℳ hatten, müßten demnach heute unter Berücksichtigung der Geldentwertung mindestens 20 ℳ Jahresbeitrag erheben, was sich dann aber besser in Monatsbeiträgen von 2 ℳ, also 24 ℳ jährlich machen läßt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die einmalige jährliche Einziehung des Beitrages eins der Hindernisse für die Beitragserhöhung ist. Um allen Mitgliedern die Beitragszahlung zu erleichtern und den Ortsgruppen höhere Beiträge zuzuführen, ist deshalb seitens der Zentrale eine Einheits-Mitgliedskarte eingeführt, ausreichend für drei Jahre, mit Feldern für monatliche Beiträge, welche durch Marken quittiert werden. Gewiß macht diese Art der Einziehung den Kassierern einige Mühe. Das System klappt aber bei guter Einrichtung ausgezeichnet. Das Einkassieren besorgen in kleineren Vereinen die Vertrauensleute bezw. Mitglieder der Jugendgruppe, in größeren Städten können dafür besondere Kräfte (Rentner, Kriegsinvaliden usw. angestellt werden. Die Kosten werden durch den regelmäßigen Eingang wesentlich höherer Beiträge stets gedeckt. In anderen Parteien ist man in bezug auf die Erhebung von Mitgliederbeiträgen weniger zaghaft als bei uns. So hat z. B. die U. S. P. D. des Wahlkreises 4 in ihrer letzten außerordentlichen Generalversammlung folgenden Antrag angenommen: „In Industrieorten beträgt der monatliche Beitrag 3 ℳ, in den ländlichen Bezirken 2 ℳ pro Mann und Monat, für Frauen überall 1 ℳ pro Monat". Die hier von links bekundete Opferwilligkeit muß viele unserer Vereine und Mitglieder beschämen. Das Beispiel sollte sie zur Nachahmung veranlassen, denn ohne erhebliche Opfer wird der politische Einfluß des Bürgertums immer weiter geschwächt. Stärkung des Einflusses bringen nur Bekennermut und Opferwilligkeit.

*

Politik der Nadelstiche.

Im „Volk" vom 30. April hat der „Bergfrieder" wieder einmal in die politische Welt hineingeguckt und erzählt uns nun, was er da gesehen hat, und wie sich in seinem Kopf alles malt. So hat in der vorigen Woche eine Sitzung des Alldeutschen Verbandes stattgefunden, über die er uns folgendes berichtet: „Selbst die Deutsche Volkspartei, deren redfertigster Führer behauptet, daß es für ihn und seine Geführten keine Judenfrage gebe, würde wohl sehr erstaunt sein, unter seinen Parteigenossen, zumal auch hier im Siegerlande, so viele Alldeutsche zu finden, die doch auf demselben Boden stehen dem Judentum gegenüber, wie wir Christlichsozialen (Deutschnationalen), die jedoch in ihrem „hergebrachten Parteiverbande verharren", sei es nach dem Gesetz der Trägheit, sei es aus gewissen Rücksichten, sei es aus alter Abneigung gegen strammes soziales Christentum." Wir wollen in unserem Blatt für unsere Parteifreunde diese Äußerung zunächst festhalten, weil wir es sehr oft erleben, daß bei Hinweisen auf Angriffe von deutschnationaler Seite, alle Angriffe auf die D. V. P. mit einem frommen Augenaufschlag abgeleugnet werden, und man ganz erstaunt ist über die Deutsche Volkspartei, die, wenn ihr diese Politik der Nadelstiche zu viel wird, endlich einmal kräftig zuschlägt und sich so dieser Belästigung erwehrt.

Aber auch sachlich ist diese Äußerung interessant, denn wir hören, daß in dieser Frage die christlichsozialen Deutschnationalen scheinbar eine andere Stellung einnehmen, als die Deutschnationalen in ihrer Gesamtheit. Weiter scheint dem Bergfrieder nicht bekannt zu sein, welche Stellung die Deutsche Volkspartei zur Judenfrage einnimmt, was ja nicht zu verwundern wäre. Vielleicht ist ihm aber bekannt, wie die Deutschnationale Partei als Partei die Judenfrage **theoretisch oder praktisch gelöst hat.** Es würde unsere Parteifreunde doch sehr interessieren, hierüber Näheres zu hören. Unsere Parteifreunde sind über die Stellung ihrer eigenen Partei zu dieser Frage genau unterrichtet. Geradezu rührend ist doch diese Sorge um die politische Aufklärung unserer Parteifreunde, die in ihrem „hergebrachten Parteiverbande verharren". Zur Erklärung des Verharrens in unserer Partei wird hier ganz bescheiden auf das „Gesetz der Trägheit" hingewiesen, das aber für unsere Mitglieder nicht maßgebend ist, die sich durch geistige Lebendigkeit auszeichnen. Geistige Trägheit muß man also wo anders suchen. Dann kommt der schöne alte Anwurf, daß die Mitglieder der D. V. P. vielleicht aus alter Abneigung gegen strammes soziales Christentum das Parteijoch nicht abschütteln. Gemach, lieber Bergfrieder. Wie es in unsern Reihen manchen Alldeutschen gibt, so befinden sich auch bei uns überzeugte Christen. Wir sehen auch gar keinen rechten Grund ein, warum man als überzeugter Christ nicht Anhänger der Deutschen Volkspartei sein kann. Hier steckt doch wieder jener bekannte Vorwurf, den wir auch im letzten Wahlkampf zu hören bekamen, daß die Deutsche Volkspartei in religiösen Fragen nicht zuverlässig wäre.

Was soll nun solch eine Politik der Nadelstiche? Kann uns solch eine Politik überhaupt vorwärts bringen? Ist es denn nicht viel segensreicher, positive Arbeit zu leisten, als immer negative Kritik zu üben, noch dazu an einer Partei, die der Deutschnationalen Partei am nächsten steht? Oder glaubt man auf diese Weise noch einige Mitglieder von der Deutschen Volkspartei zur Deutschnationalen herüberzuziehen?

Dann immer weiter gestochen. Der Erfolg wird ganz sicher der sein, daß viele aus einer Partei austreten, die in heutiger Zeit glaubt, eine Politik der Nadelstiche vertreten zu müssen. N.

Parteiabzeichen

mit lang. Nadel, l. versilb. 5.75 M., l. vergoldet 6.— M.
als Brosche, „ 5.75 „ „ 6.— „
als Knopf „ 6.— „
Manschettenknöpfe „ 14.— „
(Preise freibleibend)
sind zu beziehen von der
Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei
Berlin SW. 48, Friedrichstraße 226.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhaus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Siegener Bank in Siegen.

Wir beehren uns hiermit, die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der am

Freitag, den 13. Mai 1921, nachm. 5 Uhr,

in der **Gesellschaft Erholung** zu **Siegen** stattfindenden

siebenundzwanzigsten ordentl. Generalversammlung

einzuladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichts sowie der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1920.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Gewinnverteilung.
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
4. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat.

Diejenigen Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, werden gemäß § 10 des Statuts ersucht, ihre Aktien spätestens am dritten Werktage vor dem Generalversammlungstage, also bis zum 10. Mai 1921 einschließlich, während der üblichen Geschäftsstunden bei dem Vorstande, bei der **Deutschen Bank** in **Berlin**, der **Bergisch-Märkischen Bank, Filiale der Deutschen Bank** in **Elberfeld** oder bei einem Notar zu hinterlegen.

Siegen, den 18. April 1921. [521

Siegener Bank.

Der Aufsichtsrat:

Dresler, Geheimer Kommerzienrat.

---

8. öffentl. Vortrag zum Besten kranker Kinder.

Montag, den 9. Mai 1921, abends 8¼ Uhr pünktlich

Lichtbildervortrag

des Herrn Dr. jur. **H. Kranz**, des Geschäftsführers des Reformbundes der Gutshöfe zu Bad-Nauheim, über

„Ernährungs- und Versorgungspolitik in den Nachkriegsjahren u. ihre Beeinflussung durch die Weltmarktlage"

in der **Aula** des **Realgymnasiums**, Oranienstraße.

Nach dem Vortrag **freie Aussprache.**

Der Vortrag ist von besonderer wirtschafts-, sozial- und bevölkerungspolitischer Bedeutung.

Eintrittskarten zu 2 Mark, für Schüler zu 1 Mark bei unserer Geschäftsstelle (Zimmer 21 des Rathauses) und an der Abendkasse.

Wir bitten um recht zahlreichen Besuch.

Der Verein Volkswohl.

Volkshochschullehrgänge der Stadt Siegen.

1. Studienrat **Dr. Karl Koch:** Einführung in das Laut- und Schriftbild der englischen Sprache als Grundlage für Selbstunterricht. Freitags von 8—9 Uhr abends. Beginn am **13. Mai.**

2. Studienrat **Dr. Kruse:** Das Siegerland im Lichtbild. **Montags von 8—9 Uhr abends.** Beginn am **23. Mai.**

3. Professor **W. Schneider:** Einige Grundbegriffe der Volkswirtschaft nebst Darstellung und Besprechung der Hauptschulen. Donnerstags von 8—9 Uhr abends. Beginn am **12. Mai.**

4. Professor **W. Schneider:** Geschichte der wirtschaftlichen und Rechtsverhältnisse sowie der Verwaltungsorganisationen des preußischen Staates. Donnerstags von 9—10 Uhr abends. Beginn am 12. Mai.

Änderungen in der Stundeneinteilung, nach Benehmen mit den Hörern, sind nicht ausgeschlossen. Das Hörgeld für die Vortragsreihe — 10 bis 12 Vorträge — beträgt 10 M., für die Vortragsreihe 2 wegen der Unkosten 12 M. Das Hörgeld ist auf das Konto des betr. Dozenten bei der **Stadtbank** in Siegen einzuzahlen. Dort sind auch Belegshefte zu haben. Frühere Teilnehmer bringen ihre Hefte mit. Erörterungen und freie Aussprache über die Vorträge sollen das Verständnis fördern. Auch schriftliche Fragestellung ist willkommen.

Die Leitung der Volkshochschullehrgänge der Stadt Siegen.

Bergmann

28 Jahre im Eisensteinbergbau tätig, **sucht Stellung als**

Aufseher, Pförtner od. dergl.

Schriftl. Anfr. unt. Sch. 838 an die Geschäftsst. d. Sieg. Ztg.

Wohnhaus in Betzdorf

in gutem Zustande, 11 Zimmer und 2 Mansarden, Gas und elektr. Licht, mit nebenanl. Garten (Baugrundstück) ist wegzugshalber sofort zu verkaufen. Wohnung ist Ende Juni beziehbar.

Schriftl. Anfr. unt. L. 23 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Zu verkaufen:

1 Dutzd. Schreibmasch.-Bänder (16 mm, Adler), **3 Dutzend Bleistifte** (Castell, gemischt), **1 Füllfederhalter mit echt gold. Eilfeder, 1 Gasofen und Reißschiene nebst Winkel.**

Nur schriftliche Anfragen unter C F 33 befördert die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Empfehle

Wiederverkäufern u. Großabnehmern

meine **bewährten Qualitäten** in [†744

blauen Köper- und Pilot-Anzügen,

Buckskin-, Manchester-, Pilot-Hosen, gestreiften, karierten, rohen Biber-Hemden, Grubenhemden

zu **billigst. Tagespreisen** bei **prompter Bedienung.**

J. Wagener,

Siegerländer Kleiderfabrik mit elektr. Betrieb,

Hamm a. d. Sieg,

Gegr. 1883. — Tel. Nr. 6.

Lungenleidenden

empfehlen wir zur Kräftigung der Lunge unseren hervorragend bewährten **Wörishofener Lungenkalksaft.**

Allein echt: **Wörishofener Naturheilwerke**, Elberfeld

Niederlage: **Schloß-Drogerie Hermann Börner' Siegen**, Ecke Sand- und Kölner Str. — **Drogerie Wilhelm Herling, Kreuztal** b. Siegen.



Mutter

beob. dein Kind Bei Verkrümmung der Wirbelsäule verlange kostenlose Auskunft über erfolgreiche

HILFE

W. Steigers,

Orthopäd. Spezial-Appar.

ESSEN, Elfriedenstr. 31.

Stempel aller Art liefern

Gebr. Wolf, Siegen

Jagdverpachtung.

Die **Jagdnutzung** in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk der **Gemeinde Grund**, 1300 Morgen groß, beginnend am 1. September ds. Js., soll auf die Dauer von 6 bezw. 9 Jahren **am Samstag, dem 21. Mai, nachmittags 3 Uhr, in der Gastwirtschaft Witwe Völkel** öffentlich vergeben werden.

Darunter sind 400 Morgen auf Hof Ginsberg fast ganz von staatlichen Waldungen umgeben, wo sich Rot-, Reh- und Schwarzwild aufhält.

Die Bedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

Grund bei Hilchenbach, den 4. Mai 1921.

Der Jagdvorsteher **Hirsch.**

Installationsgeschäft.

Neuanlagen, Reparaturen u Verlegung von Zentralheizungen aller Systeme, **Verlegen von Rohrleitungen** an **Gas-, Wasser-, Dampf-** und **sanitären Anlagen** werden ausgeführt.

Otto Link, Siegen (Westf.),

Frankfurter Straße 23.

Wirtschaftliche und Steuer-Beratung

bei Bilanzen, Neugründungen und Gesellschaftsverträgen,

Vermögensverwaltung Auseinandersetzungen

Ludwig Bollmann, Dipl. Kaufmann

Handelsanwalt und beeidigter Buchsachverständiger

Elberfeld, Werringerstraße 69.

Mitglied des Verbandes Deutscher Handelsanwälte.

Nur persönliche Bearbeitung.

DRUCKARBEITEN

ALLER ART WERDEN IN KÜRZESTER ZEIT ERLEDIGT

BUCHDRUCKEREI

G. STEINHAUS, SIEGEN

FERNRUF 472 — KÖLNERSTR. 2 (EINGANG AXESWENDE)

Ausschneiden! Ausfüllen!

Portofrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich zum vierteljährlichen Bezugspreise von

Mark 4.50

einschließlich Postgebühren die Wochenschrift

„Der Beobachter"

(Erscheinungsort Siegen.)

Name _____

Wohnort _____ Straße _____